

Der Abend
27. 11. 1917

74

Der Handel mit öffentlicher Meinung.

Die Besitzer des „Prager Tagblatt“ veröffentlichen heute die Erklärung, daß sie nicht beabsichtigen, ihre Zeitung an eine Bank oder ein Kartell zu verkaufen. Man wird dies überall dort, wo man noch einen Rest von Achtung vor der Presse hat, mit Genugtuung erfahren. Wenn auch Verhandlungen in dieser Richtung, vielleicht nicht von allen Besitzern, aber gewiß von Seite des Vertreters eines Teiles der Erben nach Herrn Mercy geführt wurden, ist es erfreulich, daß sie gescheitert sind, denn wenn auch das „Prager Tagblatt“ zu den Blättern der ausgesprochen großkapitalistischen Richtung gehört, so ist es doch so wie es ist, noch immer vorzuziehen.

Aus der Veröffentlichung geht mit voller Klarheit hervor, daß der Konzern Depositenbank—Prager Eisenindustrie die Absicht hatte, das „Pr. T.“ und die mit ihm verbundenen Provinzblätter zu erwerben, um den schon bestehenden Großbetrieben der öffentlichen Meinung einen neuen im Dienste ihrer Sonderinteressen hinzu zufügen. Man mag sich vorstellen, welche Wirkung auf die öffentliche Moral — von den öffentlichen Geschäften wollen wir in diesem Zusammenhange lieber gar nicht sprechen — es gehabt hätte, wenn die Herren Dr. Kranz und Restranek die Verfügung über eine große Zeitung zur Beeinflussung der Öffentlichkeit erlangt hätten. Die Gefahr ist dieses Mal glücklich abgewehrt, aber man stelle sich vor, was geschehen wäre, wenn es die Vertreter der Merchschen Erben in ihrem Vorteil gefunden hätten, das Unternehmen an diese beiden typischen Vertreter des bedenkenlosen Finanzkapitals zu verkaufen; derzeit mag es nicht angemessen erscheinen, die Staatsgewalt anzurufen; so wie wir aber wieder unter der Herrschaft der regelmäßigen Gesetze leben, wird es im höchsten Grade notwendig sein zu erwägen, welche Schutzmaßnahmen zu ergreifen wären, um die öffentliche Meinung vor der völligen Knechtung durch die Übermacht des Großkapitals zu behüten und einer noch weitergehenden Entfittlichung vorzubeugen, wie sie durch die immer unbehülfter auftretenden Absichten der Feudalherren des Geldmarktes droht. Dahin sollte man es doch nicht kommen lassen, daß sich so ein Restranek, um seine Fusionsabsichten gegen den Willen der Regierung und der Öffentlichkeit durchzusetzen zu können, einfach Zeitungen kauft, nachdem er die übrigen gemietet hat. Nichts aber kann ihn, wie die Dinge jetzt liegen, daran hindern. Es ist einfach eine Geldfrage. Ein paar Millionen mehr, und das Unternehmen gehört ihm, ob es nun harten Stahl oder weiche öffentliche Meinung fabriziere.